

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
15.05.2013
- 3 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter
Feld GmbH für das Jahr 2013
Vorlage: 13/SVV/0298
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit
finanziellen Auswirkungen
Vorlage: 12/SVV/0209
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP
- 4.2 Kein Verkauf der Heidesiedlung
Vorlage: 12/SVV/0714
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.3 Sanierung der Heidesiedlung
Vorlage: 12/SVV/0730
Fraktion Die Andere
- 4.4 Umsetzung Potsdam 22
Vorlage: 13/SVV/0183
Fraktion DIE LINKE
- 4.5 Angebot an Wohnraum für Studierende erweitern
Vorlage: 13/SVV/0263
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD
- 4.6 Wohnungspolitisches Konzept für die LHP
Vorlage: 13/SVV/0270
Fraktion SPD
- 4.7 Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV
Vorlage: 13/SVV/0203
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.8 Änderung der Fernwärmesatzung
Vorlage: 13/SVV/0215
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

- 4.9 Weiterführung des Gestaltungsrates
Vorlage: 13/SVV/0229
Fraktion Die Andere
- 4.10 Werbesatzung, Teilbereich Innenstadt, Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung
Vorlage: 13/SVV/0232
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.11 Gastronomie in der Schiffbauer Gasse
Vorlage: 13/SVV/0248
Fraktionen FDP, SPD
- 4.12 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild
Vorlage: 13/SVV/0249
Fraktion FDP
- 4.13 Satzung Entwicklungsbereich "Kramnitz"
Vorlage: 13/SVV/0253
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.14 Gründung einer Tochtergesellschaft der ProPotsdam GmbH als Träger der
Entwicklungsmaßnahme Kramnitz
Vorlage: 13/SVV/0266
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4.15 Wahlalter 16 gut vorbereiten
Vorlage: 13/SVV/0264
Fraktionen SPD, FDP
- 4.16 Zugang zum Zernsee
Vorlage: 13/SVV/0265
Fraktionen SPD, FDP
- 4.17 Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0282
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung
- 4.18 Finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt am Unterhaltungsaufwand der
Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG)
Vorlage: 13/SVV/0283
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.19 Theaterschiff
Vorlage: 12/SVV/0810
Fraktion DIE LINKE
zur Erledigung

- 4.19.1 Verlagerung Theaterschiff aus der Alten Fahrt an die Spitze der Freundschaftsinsel gegenüber dem Hotel Mercure
Vorlage: 13/SVV/0362
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Rücknahme der Preiserhöhung BUGA-Park bezgl. DS 12/SVV/0489
Vorlage: 13/SVV/0233
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5.2 Information über den zeitlichen Ablauf der Ausschreibung der Tierbetreuungseinrichtung SAGO-Gelände
gemäß Anfrage 13/SVV/0271
aus StVV 08. Mai 2013
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.05.2013

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgenden **Änderungen in der Reihenfolge** vor:

- TOP 4.17 und 4.18 – Tourismusbeitrag - werden zu Beginn der Sitzung beraten; ebenso
- TOP 4.13 und 4.14 – Krampritz;

Folgende Tagesordnungspunkte sind **zurückzustellen**:

- Tagesordnungspunkt 4.1. - Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen
Vorlage: 12/SVV/0209 – hier fehlt das Votum des Ausschusses für Finanzen;
- Tagesordnungspunkt 4.8, Änderung der Fernwärmesatzung
Vorlage: 13/SVV/0215 – hier fehlt das Votum des Ausschusses für Klima,

- Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung,
- Tagesordnungspunkt 4.9 – Weiterführung des Gestaltungsrates
Vorlage: 13/SVV/0229 – hier fehlt das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen sowie
- Tagesordnungspunkt 4.12 - Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild, Vorlage: 13/SVV/0249 - hier fehlt das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen.

Im Weiteren beantragt Herr Schubert, den Tagesordnungspunkt 4.17 – Tourismusbeitrag **zurückzustellen**, da seine Fraktion, wie bereits über die Presse angekündigt, einen Dringlichkeitsantrag für eine Beherbergungssteuer einbringen werde. Frau Bankwitz spricht sich gegen diesen Antrag aus. Die Thematik werde seit Monaten besprochen und außerdem sollte diese Art der Kommunikation nicht über die Medien erfolgen. Dem schließt sich Herr Dr. Scharfenberg unter Verweis auf die zahlreichen Gäste zu dieser Thematik an. Schließlich gehe es nicht ständig „rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“. Herr Cornelius spricht sich für eine Zurückstellung aus, um nicht unnötig Zeit für eine Diskussion aufzuwenden, wenn sowieso nicht alle Fakten auf dem Tisch liegen.

Der Antrag von Herrn Schubert auf **Zurückstellung der DS 13/SVV/0282**, Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Landeshauptstadt Potsdam, wird zur Abstimmung gestellt und mit 9 Ja-Stimmen, bei 6 Nein-Stimmen **angenommen**.

Frau Bankwitz, merkt anschließend an, dass dieses Verfahren, Tagesordnungspunkte auf Grund von Mehrheiten zu streichen, gar nicht gehe. Dieser Kritik schließt sich Herr Dr. Scharfenberg an und fragt, wie mit dieser Thematik nun weiter umgegangen werde. Er befürchte eine kurzfristige Entscheidung mit langfristigen Folgen. Herr Schubert entgegnet, dass der o. g. Dringlichkeitsantrag bis Montag zu den Fraktionssitzungen vorliegen werde. Ziel sei die Prüfung einer Beherbergungssteuer und ein Beschluss in der Sitzung der StVV im September 2013.

Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und mit 10 Ja-Stimmen, bei 6 Gegenstimmen **bestätigt**.

Anschließend verweist der Oberbürgermeister auf vorliegende Anträge auf Rederecht für den Geschäftsführer der DEHOGA Brandenburg und die Präsidentin des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg e. V. zum TOP 4. 17 – Tourismusabgabe, die sich mit der Zurückstellung des TOP erledigt haben.

Ein weiterer Antrag auf Rederecht liege für Frau Pigorsch vom Stadtjugendring zum TOP 4.14 – Wahlalter 16 gut vorbereiten - vor, wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

Ebenso kein Widerspruch erhebt sich gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, den TOP 4.16 – Zugang zum Zernsee – im nicht öffentlichen Teil zu beraten, da hierzu über Inhalte des Pachtvertrages zu sprechen sei.

Zur Niederschrift der 90. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15. Mai 2013 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei zahlreichen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 4.17 **Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Landeshauptstadt Potsdam**
Vorlage: 13/SVV/0282
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

zurückgestellt

zu 4.18 **Finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt am Unterhaltungsaufwand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG)**
Vorlage: 13/SVV/0283
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Dr. Scharfenberg plädiert für eine Beschlussfassung in der StVV am 05. Juni 2013, um die finanziellen Voraussetzungen sicherzustellen und bringt einen Ergänzungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

Der Beschlusstext ist um zwei Punkte zu ergänzen:

1. **Die Vereinbarung zur Zahlung von maximal 1 Mio. Euro an die SPSG ist nicht nur für zwei Jahre, sondern für fünf Jahre abzuschließen. Zwingende Voraussetzung ist, dass die Beteiligung der Stadt nicht mehr als 1 Mio. € betragen darf.**
2. **Der Stadt ist ein Mitspracherecht zur Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel einzuräumen. Anzustreben ist ein Sitz im Stiftungsrat mit beratender Stimme. Jährlich ist jeweils im November von der Stiftung vor der Stadtverordnetenversammlung über die Verwendung der von der Stadt zur Verfügung gestellten Mittel zu berichten. Die Mittel sind ausschließlich für die Pflege des Parks Sanssouci einzusetzen.**

Frau Bankwitz betont, dass dieser Antrag nur abgelehnt werden könne, da die Deckungsquelle mit der Zurückstellung der Tourismusabgabe fehle. Sie spricht sich für die Erhebung eines Parkeintritts aus, mit dem die meisten Besucher und auch die Potsdamer Bürger kein Problem hätten. Damit bleibe man auch beim Verursacherprinzip und erzeuge keinen kommunalen Aufwand.

Herr Schubert entgegnet, dass der letzte Satz des Antrags, nämlich einen Vertrag zu erarbeiten, um einen Parkeintritt zu verhindern, das Anliegen deutlich mache. Dem Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE könne ebenfalls zugestimmt werden.

Herr Heinzl betont in seinen Ausführungen, dass die Fraktion CDU/ANW sich schon vor der jetzigen Situation gegen eine Tourismusabgabe ausgesprochen habe.

Herr Cornelius verweist auf einen Ergänzungsantrag der Fraktion Potsdamer Demokraten, der im Ausschuss für Finanzen eine Zustimmung erhalten habe und wie folgt lautet:

Mit der Vorlage zur Genehmigung ist ein Rechtsgutachten anerkannter Verfassungs- und Verwaltungsrechtler einzuholen, das darüber Aussagen macht, ob eine solche finanzielle Beteiligung der LHP an der SPSG zulässig ist.

Herr Wendt betont, dass die Geschäftsgrundlage dieses Antrags entfallen sei und die großen Fraktionen ihren Einfluss beim Land geltend machen können.

Herr Teuteberg informiert, dass es seitens der Fraktion FDP keine Zustimmung zu diesem Antrage gebe und 1 Mio. Euro aus dem städtischen Haushalt auf keinen Fall bereitgestellt werden können. Seine Fraktion sehe auch keine Spielräume und spreche sich sowohl gegen die Tourismusabgabe und als auch gegen eine sogenannte Bettensteuer aus.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass die in der Beschlussvorlage aufgeführte 1 Mio. Euro derzeit ohne Gegenwert sei. Mit einem Beschluss werde der Auftrag ausgelöst, einen Vertrag auszuhandeln, der unter dem Vorbehalt der Stadtverordnetenversammlung stehe, was frühestens im September 2013 der Fall sein werde. Einen Vertragsabschluss werde es erst geben, wenn die Gegenfinanzierung klar sei; in der Haushaltssatzung 2013/14 seien Einnahmen von 2 Mio. Euro enthalten. Er empfehle, der Vorlage zuzustimmen – das sei auch ein richtiges Signal. Dem schließt sich Herr Schüler an – wenn es keine Beschlussfassung gebe, sei das Signal an die Stiftung, aus Potsdam werde es keinen Beitrag geben. Er befürchte, dass dann der Parkeintritt ziemlich sicher sei.

Anschließend wird der **Ergänzungsantrag Fraktion Die Andere** mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Antrag 13/SW/07283 wird um folgende Passage ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird außerdem beauftragt, mit dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld eine Vereinbarung zu verhandeln, die sicherstellt, dass für den BUGA-Park ab 2014 kein Eintritt mehr erhoben wird, dass der jetzige Pflegestandard beibehalten wird und dass die Stadt Potsdam die dafür erforderlichen Mittel bis zu einer Höhe von 250.000 € zur Verfügung stellt. Der Vertrag ist der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Abstimmung:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 5 Ja-Stimmen.

Der **Ergänzungsantrag** der **Fraktion Potsdamer Demokraten** wird zur Abstimmung gestellt und

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 4 Stimmenthaltungen.

Anschließend wird der **Ergänzungsantrag** der Fraktion **DIE LINKE** zur Abstimmung gestellt und mit 12 Ja-Stimmen, bei 1 Nein-Stimme und 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Die so geänderte Vorlage wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) eine Vereinbarung über die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam am Unterhaltungsaufwand in den im Potsdamer Stadtgebiet gelegenen Gärten und Parks der SPSG bis zu 1 Mio. Euro/Jahr, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2014 und zunächst befristet für 2 Jahre, zu verhandeln. Der Vertrag ist der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

2. Die Vereinbarung zur Zahlung von maximal 1 Mio. Euro an die SPSG ist nicht nur für zwei Jahre, sondern für fünf Jahre abzuschließen. Zwingende Voraussetzung ist, dass die Beteiligung der Stadt nicht mehr als 1 Mio. € betragen darf.
3. Der Stadt ist ein Mitspracherecht zur Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel einzuräumen. Anzustreben ist ein Sitz im Stiftungsrat mit beratender Stimme.
Jährlich ist jeweils im November von der Stiftung vor der Stadtverordnetenversammlung über die Verwendung der von der Stadt zur Verfügung gestellten Mittel zu berichten.
Die Mittel sind ausschließlich für die Pflege des Parks Sanssouci einzusetzen.
4. Mit der Vorlage zur Genehmigung ist ein Rechtsgutachten anerkannter Verfassungs- und Verwaltungsrechtler einzuholen, das darüber Aussagen macht, ob eine solche finanzielle Beteiligung der LHP an der SPSG zulässig ist.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 6 Nein-Stimmen.

zu 4.13 Satzung Entwicklungsbereich "Krampnitz"

Vorlage: 13/SVV/0253

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Groß Glienicke, Fahrland, Neu Fahrland, SB, KOUL, FA

Eingangs bringt Herr Dr. Scharfenberg einen Ergänzungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen sowie der Ortsbeirat Fahrland sind halbjährlich über den Stand der Entwicklungsmaßnahme zu informieren.

Auf Nachfrage von Herrn Cornelius, ob es mit den betroffenen Personen eine Übereinkunft gebe, entgegnet Herr Klipp, dass schon sehr frühzeitig Gespräche geführt worden seien. Da die Inanspruchnahme der Grundstücke weitere planerische Schritte voraussetze, sei ausreichend Zeit für weitere Gespräche gegeben und hätten die Betroffenen sowieso ein Mitspracherecht. Ziel der Verwaltung sei eine gütliche Einigung und nicht die Zerstörung von Existenzen.

Herr Rietz spricht sich dafür aus, dass es keine Zwangsenteignungen geben dürfe und betont, dass er Probleme für die Landwirtschaft in diesem Gebiet sehe. Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die Wahrung des ländlichen Charakters vorauszusetzen sei. Er sehe prinzipiell keinen Widerspruch und meine, die Gegensätze könnten aufgelöst werden.

Der Oberbürgermeister verweist auf den vorliegenden **Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, der mit den Voten der Fachausschüsse vorgelegt wurde.

Dieser wird anschließend zur Abstimmung gestellt und mit 14 Ja-Stimmen, bei 1 Nein-Stimme **angenommen**.

Anschließend wird der **Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE** zur Abstimmung gestellt und mit 15 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung **angenommen**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Satzung über die förmliche Festlegung des Entwicklungsbereichs „Kramnitz“ (Anlage 1) wird gemäß § 165 Abs. 6 BauGB beschlossen. Die Begründung (Anlage 2) wird gebilligt.
2. Der OBM wird beauftragt, in Vorbereitung der weiteren Planungsschritte für das Kasernengelände Kramnitz (insbesondere der Bauleitplanung) eine detaillierte Verkehrsauswirkungsanalyse durchzuführen. In Abstimmung mit dem MIL, dem Bezirksamt Spandau sowie weiterer betroffener Stellen ist ein belastbares Konzept für eine individuelle und öffentliche Verkehrsanbindung des Standortes Kramnitz in den Raum Potsdam-Berlin-Spandau zu erstellen. Dabei ist die Möglichkeit einer schienengebundenen Anbindung des Wohnortes zu prüfen und deren Machbarkeit auch in Hinblick auf die Kosten und die Finanzierung zu untersuchen.
3. Der OBM führt in Vorbereitung der weiteren Planungsschritte (insbesondere Bauleitplanung) eine detaillierte Prognoseuntersuchung über die Luftschadstoffe und Lärmauswirkungen durch, die durch die zusätzliche Nutzung in Kramnitz verursacht werden. Der OBM weist darin nach, dass die Luftschadstoffgrenzwerte der 39. BImSchV eingehalten werden und die gesundheitsrelevanten Lärmbelastungen entlang der B2 (innerhalb Potsdams) durch geeignete Lärmschutzmaßnahmen vermieden werden. Dieser Nachweis ist der Abteilung 5 des MUGV zur Prüfung vorzulegen. Erst nach Erfüllung der o. g. Arbeitsaufträge und Zustimmung durch die SVV kann der OBM mit der weiteren Bauleitplanung fortfahren. Die vorgenannten Untersuchungsarbeiten werden öffentlich ausgeschrieben.

Der SVV ist über die Arbeitsergebnisse alle 3 Monate zu berichten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen sowie der Ortsbeirat Fahrland sind halbjährlich über den Stand der Entwicklungsmaßnahme zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4.14 Gründung einer Tochtergesellschaft der ProPotsdam GmbH als Träger der Entwicklungsmaßnahme Kramnitz

Vorlage: 13/SVV/0266

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Dr. Scharfenberg bringt mit der Begründung, dass Kontrollmechanismen geschaffen würden, die Vertrauen schaffen, einen Ergänzungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

Die Gesellschaft erhält einen Aufsichtsrat.

Die Nachfrage von Herrn Schüler, ob hier die vereinbarten Verfahren zur Bestellung von Geschäftsführern ebenso Anwendung finden, bejaht der Oberbürgermeister unter Verweis darauf, dass hier die gleichen Regeln gelten.

Herr Exner gibt zu bedenken, dass der Aufsichtsrat nichts mit dem Treuhandvermögen zu tun und er damit keine Einflussmöglichkeiten habe. Deshalb solle dies im Aufsichtsrat der Pro Potsdam mit erledigt werden. Auf Nachfrage von Herrn Schüler zum Zweck und Gegenstand des Unternehmens antwortet Herr Klipp, dass diese flexibel und offen gehalten werden sollten, weil es evtl. weitere Entwicklungsgebiete gebe, die die Gesellschaft mit abdecken könne.

Dies, so Herr Schüler, überzeuge ihn nicht und ihm wäre es lieber, wenn der Zweck konkret benannt werde. Er beantragt folgende Änderung in der 2. Zeile des § 2 Abs. 1:

„... der ... durch die Satzung „Entwicklungsbereich Kramnitz“ festgelegten

Auf die Nachfrage von Frau Müller, warum überhaupt eine Tochtergesellschaft gegründet werden müsse und nicht die Pro Potsdam selbst die Aufgaben übernehme, entgegnet der Oberbürgermeister, dass dies einer deutlichen Transparenz diene und die Aufgaben sauber voneinander getrennt und abgerechnet werden sollen.

Der **Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE** wird zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit, bei 5 Nein-Stimmen **angenommen**.

Der Änderungsantrag von Herrn Schüler wird mit 7 Nein-Stimmen, bei 6 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Die ergänzte Beschlussvorlage wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Gründung einer Tochtergesellschaft der ProPotsdam GmbH als Träger der Entwicklungsmaßnahme Kramnitz gemäß beiliegendem Gesellschaftsvertrag.

Die Gesellschaft erhält einen Aufsichtsrat.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3 **Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH für das Jahr 2013**

Vorlage: 13/SVV/0298

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Da zu dieser Beschlussvorlage kein Redebedarf besteht, wird sie zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

- 1. Der Kreditrahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH zur bedarfsbezogenen Kommunalkreditaufnahme für die Entwicklungsmaßnahme beträgt für das Jahr 2013 höchstens 2.500.000,00 €. Eine bedarfsbezogene Kreditaufnahme hat möglichst dergestalt zu erfolgen, dass Sondertilgungsrechte in der Weise bestehen, dass am Ende der Entwicklungsmaßnahme lediglich das genehmigte Defizit in Höhe von 7.824.299,66 € durch die Stadt zu**

übernehmen ist.

2. Der Oberbürgermeister und einer seiner Stellvertreter werden gem. § 57 (2) BbgKVerf ermächtigt, den Kreditaufnahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH innerhalb des beschlossenen Kreditrahmens für das Jahr 2013 schriftlich zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen

Vorlage: 12/SVV/0209

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP

zurückgestellt

zu 4.2 Kein Verkauf der Heidesiedlung

Vorlage: 12/SVV/0714

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Westphal verweist in seinen Ausführungen auf die dazu gebildete Arbeitsgruppe, die sich u. a. aus Vertretern der Mieter, Stadtverordneten und der Pro Potsdam zusammensetzte. In fünf Sitzungen sei die Sichtweise der Mieter und die weitere Herangehensweise an die Problemlösung beleuchtet, eine Vor-Ort-Besichtigung durchgeführt und mit Technikern der Pro Potsdam diskutiert sowie die Finanzierungsaspekte besprochen worden. Bezüglich der Finanzierung habe es Gespräche mit dem Ministerium gegeben und seien Fördermittel für die Sanierung der Heidesiedlung im Jahr 2014 in Aussicht gestellt worden.

Im Ergebnis habe sich die Arbeitsgruppe auf die Empfehlung geeinigt, dass die Pro Potsdam unter Inanspruchnahme von Fördermitteln sanieren solle und beauftragt werde, diese zu beantragen. Er verweist im Weiteren darauf, dass zwar die Wohnblöcke nicht verkauft werden, aber das zu diesem Komplex gehörende Heidehaus verwertet werde.

Außerdem gebe es weitere Objekte, z. B. am Brauhausberg und in der Behlertstraße, mit denen sich die Pro Potsdam in ähnlicher Weise befassen müsse.

Der Oberbürgermeister dankt anschließend allen Beteiligten für das Engagement und für die avisierte Lösung.

Dem schließt sich Herr Dr. Scharfenberg an und verweist auf eine gute und konstruktive Atmosphäre in der Arbeitsgruppe. Die dargestellte Lösung sei ein gutes Signal für die Stadt, mit dem Wohnungsbestand sorgsam umzugehen. Die Frage sei, ob sich die Stadtverordnetenversammlung in diesem Sinne äußern und dies beschlussmäßig feststellen solle.

Herr Heuer schließt sich dem Dank an die Arbeitsgruppe an und verweist auf den Ausgangspunkt der Diskussion in Form von Anträgen der Fraktionen SPD und

CDU/ANW. Er meine, die jetzt vorliegenden Anträge haben sich erledigt. Herr Schüler betont, dass er über das Ergebnis der Arbeitsgruppe sehr froh sei und er sich ebenso vorstellen könne, den vorliegenden Antrag als erledigt zu betrachten, da das Ziel erreicht sei. Trotzdem wolle er Rücksprache mit der Fraktion dazu nehmen und das Ergebnis in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05. Juni 2013 bekannt geben.

Auf Nachfrage von Herrn Heinzl, wie viel die Pro Potsdam mit und ohne Fördermittel jetzt zuzahlen müsse, entgegnet Herr Westphal, dass eine Differenz von 4 Mio. Euro aus fehlenden Verkaufserlösen und durch den Einsatz von Eigenmitteln bestehe, die durch andere Maßnahmen ersetzt werden, um einen Liquiditätsausgleich zu erzielen. Würde es keine Fördermittel geben, wäre die Heidesiedlung wirtschaftlich nicht tragfähig und müsste eine Diskussion erneut aufgemacht werden.

Herr Wendt erklärt die DS 12/SVV/0730 für erledigt und wünscht sich für andere Wohnobjekte ähnliche Lösungen.

zu 4.3 Sanierung der Heidesiedlung

Vorlage: 12/SVV/0730

Fraktion Die Andere

siehe Tagesordnungspunkt 4.2

zu 4.4 Umsetzung Potsdam 22

Vorlage: 13/SVV/0183

Fraktion DIE LINKE

Nachdem Herr Dr. Scharfenberg eingangs auf seine Äußerungen in der letzten Hauptausschusssitzung verweist, merkt Herr Schüler an, dass es sicher richtig sei, an das Land zu appellieren, von der in § 558 Abs. 3 eingeräumten Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Dies solle als Ergänzung in den Beschlusstext aufgenommen werden.

Auf Bitte des Oberbürgermeisters bringt Herr Kümmel eine neue Fassung des Beschlusstextes ein, die auf Grundlage der Diskussion in der letzten Hauptausschusssitzung erarbeitet worden sei und bittet um Zustimmung.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass der erste Punkt der geänderten Fassung nicht den Intentionen des Antrags der Fraktion DIE LINKE entspreche und es demzufolge bei der bisherigen Fassung bleiben solle. Darüber hinaus gebe es wie verabredet einen neuen Antrag für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit der DS-Nr.: 13/SVV/0325. Die vorgeschlagenen Änderungen/Ergänzungen zu den Punkten 2 und 3 können übernommen werden, wenn sie mit einer Terminstellung untersetzt sind.

Daraufhin zieht der Oberbürgermeister den neuen Textvorschlag für den Punkt 1 zurück. Auf Anmerkung von Herrn Böttche, dass die genannten Paragraphen der falsche Bezug seien, sagt er eine Prüfung bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu.

In der weiteren Diskussion plädiert Frau Bankwitz für eine Zurückstellung des Antrags, da die Änderungen „auf die Schnelle“ schwer zu durchschauen seien. Herr Teuteberg spricht sich für eine Ablehnung des Antrags aus sowie gegen

einen an das Land gerichteten Appell. Das Anliegen, den bestehenden Bedarf an Wohnungen zu sichern, teilen alle. Das schaffe man aber nicht, wenn dem Investor seine Vorhaben erschwert werden – das mache den Wohnungsbau unattraktiv.

Anschließend wird der Antrag mit folgenden Änderungen zur Abstimmung gestellt:

Der Punkt 1 des Antrags in der ursprünglichen Fassung, vorbehaltlich der redaktionellen Anpassung der Paragrafen, Punkt 2 mit den vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen der Verwaltung, einschließlich der Terminsetzung September 2013, Punkt 3 mit den vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen der Verwaltung, einschließlich der Terminsetzung Ende 2013 sowie ein Punkt 4 mit dem von Herrn Schüler vorgeschlagenen Appell an das Land.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Um eine zügige Umsetzung der Empfehlungen des Expertengremiums „Potsdam 22“ zu erreichen, werden in einem ersten Schritt folgende drei Schwerpunkte hervorgehoben:

1. Eine Positionierung der Stadtverordnetenversammlung zur Beförderung einer bundesgesetzlichen Mietrechtsänderung zu §§ 558, 559 BGB hinsichtlich einer wirksamen zivilrechtlichen Begrenzung von Mieten im Rahmen von Neuvermietungen.
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dazu bis zur Sitzung im **September 2013** einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.
2. Bei der Vorbereitung von Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung, die zu einer Erhöhung der Betriebskosten führen können, ist ein Abgleich mit den aktuellen Wohnkosten vorzulegen.
Dazu soll bis Ende 2013 ein kontinuierliches Verfahren zur Fortschreibung der entstehenden Betriebskosten mit dem Wohnungsunternehmen verabredet werden.
3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, **in Vorbereitung eines wohnungspolitischen Konzeptes eine Zwischenbilanz zu bereits erprobten Maßnahmen und Instrumenten der Landeshauptstadt zur Unterstützung des Wohnungsbaus bis Dezember 2013 vorzulegen.**
4. **Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an das Land Brandenburg, von der in § 558 Abs. 3, Sätze 2 und 3 eingeräumten Ermächtigung für die Stadt Potsdam Gebrauch zu machen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

zu 4.5 Angebot an Wohnraum für Studierende erweitern
Vorlage: 13/SVV/0263
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass sich der Antrag auf die Empfehlungen des Expertengremiums Potsdam 22 stütze. Das Ziel, Studenten damit anzusprechen, gehe jedoch verloren. Dieser Bezug zur Empfehlung sollte bis zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung hergestellt und als Punkt 3 ergänzt werden.

Herr Heinzl betont, dass der Antrag das Anliegen schärfer und genauer formuliere und damit in die richtige Richtung gehe. Darauf Bezug nehmend betont Herr Dr. Scharfenberg, dass es einen Beschluss gebe, junge Menschen in die Erarbeitung von Konzepten mit einzubeziehen und das sollte auch in diesem Antrag kenntlich gemacht werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, vor dem Hintergrund der stetig steigenden Zahl von Studierenden an den Potsdamer Hochschulen und dem Mangel an Wohnungen für Studierende, im Gespräch u. a. mit dem Studentenwerk Potsdam bis September ein Konzept zu erarbeiten, wie die Versorgung der Studierenden mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum in Potsdam sichergestellt werden kann. Dabei sind besonders folgende Punkte darzustellen:

1. Die Möglichkeiten der Nutzung städtischer Grundstücke durch das Studentenwerk Potsdam, um so einen geringeren Mietpreis zu ermöglichen.
2. Die Möglichkeit, Flächen, die schon dem Studentenwerk Potsdam gehören, im Rahmen des städtebaulich Möglichen zu nutzen, um dort mehr Wohnraum entstehen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4.6 Wohnungspolitisches Konzept für die LHP
Vorlage: 13/SVV/0270
Fraktion SPD

Herr Schubert bringt den Antrag ein. Anschließend merkt Herr Dr. Scharfenberg an, dass der Ausgangspunkt ein Beschluss „Erschwingliche Mieten für alle“ gewesen sei und mit diesem Antrag nun zu etwas aufgefordert werde, was schon beschlossen wurde. Auf seine Nachfrage, was ein realistischer Zeitraum für die Erarbeitung eines solchen Konzeptes sei, antwortet Herr Böttche. Er verweist darauf, dass er keinen konkreten Zeitplan benennen könne und sich das Fachgremium darüber ebenfalls Gedanken gemacht habe. Im Ergebnis werde davon ausgegangen, dass hierzu ein externes Büro beauftragt werden müsse und der Zeitplan von den zur Verfügung stehenden Finanzen abhängen. In der vor kurzem beschlossenen Haushaltsatzung 2013/14 seien diese nicht enthalten. Auf die Nachfrage von Herrn Teuteberg nach dem Rahmen der finanziellen Mittel entgegnet der Oberbürgermeister, dass dieser mit dem zeitlichen Ablauf im September 2013 vorgelegt werde.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

In Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen und auf der Grundlage des von den Experten vorgelegten Dokumentes "Kommunale Wohnungspolitik und die soziale Dimension steigender Wohnkosten" soll in Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2011 ein wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam erstellt werden.

Auf Grund der begrenzten Ressourcen in der Verwaltung soll der Auftrag dazu an ein geeignetes externes Büro erteilt werden.

Der zeitliche Ablauf soll im September 2013 der SVV dargelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4.7 Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV

Vorlage: 13/SVV/0203

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Redebedarf besteht zu diesem Antrag nicht, so dass die Textfassung aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen mit der Terminänderung auf September 2013 und der Streichung des letzten Satzes zur Abstimmung gestellt wird.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die den Denkansatz des "Ticketfreien ÖPNV" für die Landeshauptstadt Potsdam berät. Dabei sollen folgende Aspekte systematisch zusammengetragen und aufgezeigt werden:

- die Erfahrungen anderer Städte wie Hasselt oder Tallinn;
- die Entwicklungsstände anderer Städte wie Tübingen, Hamburg, Kiel u.a.;
- das gesamte Spektrum von Finanzierungsbausteinen beispielsweise aus Jobtickets und Investitionsbeteiligung durch die Potsdamer Arbeitgeber sowie durch das Bürgerticket;
- die Erörterung von Ausnahmen, wie dem Schülerticket;
- die Belange des Verkehrsverbundes VBB;
- die möglichen Formen der Bürgerbeteiligung;
- die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen.

Die Arbeitsgruppe soll externe Experten, Vertreter der Verwaltungen, der Verkehrsbetriebe sowie der Fraktionen umfassen. Dazu ist der Stadtverordnetenversammlung im **September 2013** ein Vorschlag zu unterbreiten.

~~Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2013 ein erster Bericht mit Vorschlägen zu konkreten weiteren Schritten zu erstatten.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 4.8 Änderung der Fernwärmesatzung
Vorlage: 13/SVV/0215
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

zurückgestellt

zu 4.9 Weiterführung des Gestaltungsrates
Vorlage: 13/SVV/0229
Fraktion Die Andere

zurückgestellt

zu 4.10 Werbesatzung, Teilbereich Innenstadt, Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung
Vorlage: 13/SVV/0232
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Redebedarf besteht zu dieser Vorlage nicht, so dass diese zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Werbesatzung der Landeshauptstadt Potsdam, Teilbereich Innenstadt, 1. Änderung ist gemäß § 81 Abs. 9 Satz 3 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) öffentlich auszulegen (s. Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

zu 4.11 Gastronomie in der Schiffbauergasse
Vorlage: 13/SVV/0248
Fraktionen FDP, SPD

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt, da es keinen Redebedarf gibt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie sich im Sanierungsgebiet der Schiffbauergasse gezielt weitere Gastronomieangebote ansiedeln lassen können.

Ziel sollte es sein, ein Areal mit zahlreichen gastronomischen Angeboten zu entwickeln, dass das jetzige kulturelle und gastronomische Angebot sinnvoll ergänzt und zur Belebung des Areals beiträgt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 4.12 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild
Vorlage: 13/SVV/0249
Fraktion FDP

zurückgestellt

zu 4.15 Wahlalter 16 gut vorbereiten
Vorlage: 13/SVV/0264
Fraktionen SPD, FDP

Eingangs erhält Frau Pigorsch vom Stadtjugendring das verabredete Rederecht und verweist in ihren Ausführungen auf eine Handreichung, in der über Aktionen zur Bundestagswahl 2013 und zur Kommunal-/Landtags-/Europawahl 2014 informiert werde. Der vorliegende Antrag sei insofern gut, als dass über das Thema gesprochen werde – allerdings vermische er die unterschiedlichen Anliegen und somit sei die Zielrichtung des Antrags nicht klar. Bezüglich der Vorbereitung der Bundestagswahl bittet sie um ein Schreiben des Oberbürgermeisters an Schulen und Jugendeinrichtungen, das zur Teilnahme an den Aktionen des Stadtjugendrings motiviere. Für eine Erstwählerkampagne, insbesondere hinsichtlich der Möglichkeit, erstmals mit 16 Jahren an den Wahlen teilnehmen zu können, stelle sich der Stadtjugendring eine finanzielle Unterstützung vor und würde sich gern zu neuen Ideen und Gedanken mit den Fraktionen austauschen.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dass die Stadt unterstützend an der Seite des Stadtjugendrings stehe, sowohl mit der Aufforderung an Schulen und Jugendeinrichtungen als auch finanziell. Die im Jahr 2008 gestartete Kampagne sei sehr erfolgreich gewesen und bei den Jugendlichen gut angekommen.

Herr Schubert führt aus, dass sich der Antrag in Bezug auf die Bundestagswahl mit den Ausführungen von Frau Pigorsch und den Zusagen des Oberbürgermeisters erledigt habe. Für die Vorbereitung der nächsten Wahlkampagne werde er einen überarbeiteten Formulierungsvorschlag bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorlegen.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich dafür aus, dies nicht durch die Stadtverordnetenversammlung vorzugeben, sondern den Ideen und Vorschlägen des Stadtjugendrings und anderer zu folgen. Frau Pigorsch schließt daran an, dass es ein vielfältiges Angebot geben werde, wie z. B. mit der Broschüre „Mach's ab 16! In Brandenburg“, die sie zur Kenntnisnahme mit ausgelegt habe.

zu 4.16 Zugang zum Zernsee
Vorlage: 13/SVV/0265
Fraktionen SPD, FDP

Auf Grundlage der Ausführungen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,

1. den zwischen der Stadt Potsdam und der MiCo GmbH geschlossenen

Pachtvertrag über die Flurstücke 37 und 39, Flur 3 der Gemarkung Golm
fristgemäß zum Laufzeitende 31.12.2013 zu kündigen und

2. unverzüglich Gespräche über einen sofortigen Rückbau der unzulässigen
Einzäunung mit einer Frist von vier Wochen zu führen.
3. Sollte es zu keiner gütlichen Einigung zur sofortigen Beseitigung der
unzulässigen Einzäunung kommen, so soll durch Einleitung geeigneter
ordnungsbehördliche Maßnahmen gegenüber den Pächtern – wenn nötig
durch Ersatzvornahme – die Beseitigung der rechtlich unzulässigen
Einzäunung des Grundstücks bis zum Juli 2013 erreicht werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4.19 Theaterschiff
Vorlage: 12/SVV/0810
Fraktion DIE LINKE
zur Erledigung
siehe Tagesordnungspunkt 4.19.1

**zu 4.19.1 Verlagerung Theaterschiff aus der Alten Fahrt an die Spitze der
Freundschaftsinsel gegenüber dem Hotel Mercure**
Vorlage: 13/SVV/0362
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Hierzu erhält Herr Dr. Iffert, Geschäftsführer des Theaterschiffs, das Rederecht
und gibt in seinen Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, doch am jetzigen
Standort verbleiben zu können. Die vorgeschlagenen Alternativen seien
problematisch – so seien bei der Inself Spitze der Freundschaftsinsel die Höhe der
Pacht, der Lärm der Bahn und die Stärke der Wasserbewegungen hinderlich.
Gegen den Standort in der Schiffbauergasse spreche dessen zukünftige
Entwicklung, wie z. B. die Errichtung eines Boarding-Hauses, das Hans-Otto-
Theater und eine evtl. Seebühne sowie das Restaurantschiff. Deshalb werde er
das Gespräch mit den Investoren Herrn Lebach und Herrn Plattner suchen. Sei
dennoch ein Standortwechsel zwingend, bevorzuge er die Schiffbauergasse, aber
erst ab 2015.

Herr Klipp betont in seinen Ausführungen, dass nicht der B-Plan oder dessen
Änderung zu einer zwingenden Verlagerung des Theaterschiffes führen, sondern
die Aufrechterhaltung des Disco-Betriebes und die damit verbundene
Lärmbelastigung. Außerdem sei das Theaterschiff auch gut beraten, den
bisherigen Standort zu verlassen, weil die Baumaßnahmen, wie die Erneuerung
der Spundwände, die Neugestaltung des Uferbereiches und der
Mehrgeschossbau mit Baugruben usw. auch Auswirkungen haben werden.

Frau Dr. Schröter merkt dazu an, dass es mit der Standortsuche für das
Theaterschiff ein ständiges Auf und Ab gegeben habe und sich der
Kulturausschuss seit 2011 damit beschäftige. Sie merkt kritisch an, dass eine so
renommierte Kultureinrichtung wie das Theaterschiff wenig Wertschätzung und
Unterstützung erfahren habe und richtet die Bitte an die Verwaltung, weitere
Möglichkeiten für den Standort an der Schiffbauergasse zu eröffnen.

Herr Cornelius schließt sich dem an und plädiert dafür, mit der Verlagerung
möglichst lange zu warten. Der Baulärm sei nur tagsüber vorhanden und der
Uferweg werde als letztes saniert, so dass ein Kompromiss gesucht werden

sollte. Die genannte Höhe der Pacht habe ihn überrascht und er halte sie auch für unangemessen.

Frau Dr. Magdowski führt aus, dass die Verlagerung des Theaterschiffs vorgebracht werden müsse, weil sich die Situation mit der Errichtung der Kunsthalle geändert habe. Auch sie betont, dass das Theaterschiff zu einem festen und erfolgreichen Bestandteil der Kulturlandschaft geworden sei und in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden müsse. Eine Entscheidung solle nur im Einvernehmen getroffen werden und möglichst für die Schiffbauergasse fallen.

Frau Dr. Schröter fragt nach der vorhandenen Zeitschiene und danach, wie das weitere Vorgehen mit den handelnden Personen kommuniziert werde. Da eine Entscheidung getroffen werden müsse, stehe die Frage, was man für den Standort Schiffbauergasse tun könne, wie z. B. Verhandlungen mit dem Restaurantschiff. Frau Bankwitz bittet darauf Bezug nehmend, auch die Interessen des Restaurantschiffs zu berücksichtigen, denn auch hier wurde viel Geld in die Hand genommen.

Der Oberbürgermeister legt abschließend fest, dass Frau Dr. Magdowski bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses die Voraussetzungen für den Standort Schiffbauergasse prüft und dies mit dem Theaterschiff abstimmt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Rücknahme der Preiserhöhung BUGA-Park bezgl. DS 12/SVV/0489

Vorlage: 13/SVV/0233

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Information über den zeitlichen Ablauf der Ausschreibung der Tierbetreuungseinrichtung SAGO-Gelände

gemäß Anfrage 13/SVV/0271

aus StVV 08. Mai 2013

Frau Müller-Preinesberger berichtet, dass der Bereich Grundstücksmanagement sämtliche notwendigen Vorarbeiten zur Ausschreibung der kommunalen Teilfläche erfolgreich abgeschlossen und als Ergebnis ein entsprechendes Exposé erarbeitet habe.

Zum Ablauf der Ausschreibung nennt Sie folgende Zeitschiene:

1. **25./26.05.2013** bundesweite Veröffentlichung der Grundstücksausschreibung in der Tagespresse und im Internet
2. **26.07.2013** (Freitag, 12.00 Uhr) Ende der Gebotsfrist
3. **ab 29.07.2013** Gebotseröffnung und Prüfung und Bewertung der eingegangenen Kaufangebote durch den Bereich Grundstücksmanagement unter Anwesenheit von:
- einem Vertreter Rechnungsprüfungsamt;

- jeweils einem Vertreter der in der StVV vertretenen Fraktionen;
- einem Vertreter FB 38.

Anschließend erfolgt die Auswertung sowie die Erarbeitung eines Entscheidungsvorschlags an den OBM oder aber an den Hauptausschuss

4. umgehende Information an nichtberücksichtigte Bieter

Vorschlag zur Einberufung des Tierheimrates – Information über das vorliegende Ergebnis (31. KW vom 29.07. - 04.08.2013)

5. Entscheidung durch den OBM

5a. → sollte der HA eingebunden werden, Erarbeitung der ggf. notwendigen Beschlussvorlage für BK / HA; dieses liegt in der Zuständigkeit des Bereichs Grundstücksmanagement (das für eine Entscheidung zuständige Gremium ist vom Verkaufspreis abhängig (erwarteter Mindestverkaufspreis 121.000.-):

- bis 150.000.- Entscheidung durch OBM,
- über 150.000.- Entscheidung durch HA
- ab 300.000.- Entscheidung SVV

Voraussichtliche Zeitschiene unter Einhaltung aller notwendigen Fristen: Entscheidung im Hauptausschuss am 28.08.2013 (bis 300.000 Euro) bzw. SVV am 04.09.2013 (Über 300.000 Euro)

Ende Gebotsfrist:	26.07.2013
Angebotseröffnung:	29.07.2013
Erstellung Entscheidungsvorschlag:	31.07.2013
Abgabe der Vorlage bei 901:	06.08.2013
Beratung in der BK:	14.08.2013

5b. nach vorliegendem Beschluss (HA oder ggf. SVV):
Abwicklung des Grundstücksverkaufs durch Bereich Grundstücksmanagement frühestens im September 2013

neu Information über die bauplanerischen Voraussetzungen für die Nutzung des Palais Barberini als Kunsthalle

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorliegende Beschlussvorlage, deren Notwendigkeit Herr Klipp wie folgt begründet:

- Verzicht auf die öffentliche Durchwegung,
- Änderung des Aufstellungsbeschlusses bezüglich des Untergeschosses zur Unterbringung der aufwendigen Technik,
- Verkauf der Brauerstraße 4,5,6 an den gleichen Investor zum Bau einer Tiefgarage und Absicherung der notwendigen Stellplätze sowie
- dem anspruchsvollen Zeitplan, der eine sofortige Beschlussfassung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05. Juni erforderlich mache.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen sei bereits in seiner Sitzung am 28. Mai 2013 darüber informiert worden.

Auf die Nachfrage von Herrn Cornelius nach mehr Detailinformationen verweist der Oberbürgermeister auf die dazu ausgereichte Beschlussvorlage mit der DS-Nr.: 13/SVV/0352. Gleichzeitig sichert er zu, dass bei entsprechendem Gesprächsbedarf die Verwaltung für die Fraktionssitzungen am Montag zur Verfügung steht.

Im Weiteren beantwortet Herr Klipp die Nachfragen von Herrn Cornelius zur Abweichung vom Leitbautenkonzept, dem Verkauf der Grundstücke an einen anderen Investor und von Herrn Dr. Scharfenberg zur Alternativlösung der Zuwegung zum Ufer.

zu 6 Sonstiges

keine Wortmeldungen